



## Niederschrift 23. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 24.03.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:13 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	Sitzungsleitung
------------------------	-----------	-----------------

#### Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Frau Birgit Morgenroth	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU	
Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Frau Heiderose Gerber	anerkannter freier Träger	
Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	
Herr Dr. Lutz Henrich	anerkannter freier Träger	
Herr Marcel Kankarowitsch	anerkannter freier Träger	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	

#### beratende Mitglieder

Herr Christoph Dähnrich	Kath. Kirche	
Frau Karola Linke	Gesundheitsamt	
Herr Torsten Messerschmidt	Kreiselterrat	
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	
Frau Christiane Ohlert	Schulamt	
Herr Norbert Schweers	FB Kinder, Jugend und Familie	
Frau Martina Trauth-Koschnik	Gleichstellungsbeauftragte	

### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Herr Jens Gruschka	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Klara Geywitz	SPD	entschuldigt
Frau Renate Echtermeyer	FDP	entschuldigt

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	entschuldigt
Frau Marianne Köhler	FDP	nicht entschuldigt

### **beratende Mitglieder**

Frau Renate Michael	Polizeibehörde	nicht entschuldigt
Frau Ganna Razu	Jüd. Gemeinde	entschuldigt

### **Beigeordnete**

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit	entschuldigt
---------------------------------	--	--------------

### **Gäste**

Frau Bettina Stobbe	AG Kita
Frau Conny Lunk	AKKJ
Herr Bodo Ströber	Regional AG 3
Herr Hansjörg Wapenhans	Kommunaler Immobilienservice
Frau Manuela Neels	Kinder- und Jugendbüro
Frau Birgit Ukrow	FB Kinder, Jugend und Familie

### **Schriftführer/in:**

Frau Spyra, Martina, Dezernat III

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.02.2011 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Essensversorgung  
Vorlage: 10/SVV/0829  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
- Wiedervorlage -
- 4.2 Schulsozialarbeiter  
Vorlage: 11/SVV/0122  
Fraktion DIE LINKE
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Rechte von Kindern  
Vorlage: 11/SVV/0129  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

- 5.2 Haushaltsbegleitender Beschluss H 7, Sanierungsbedarf Schulen, Kitas, Turnhallen 2014 ff  
Vorlage: 11/SVV/0114  
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice
- 6 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

#### **zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.02.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.

#### **Abstimmung zur Niederschrift vom 24.02.2011**

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11  
Ablehnung: 0

*Der Niederschrift wird zugestimmt.*

##### **Abstimmung zur Tagesordnung:**

Frau Dr. Müller gibt bekannt, dass der Antrag 10/SVV/0829 „Essensversorgung“ erneut durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt wird.

Herr Otto bestätigt dies.

Die Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12  
Ablehnung: 0

*Der so geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.*

#### **zu 2 Informationen der Verwaltung**

Herr Schweers informiert, dass am 14.03.2011 im Landratsamt Potsdam-Mittelmark,

Außenstelle Werder, die Räume der gemeinsamen Fachstelle Pflegekinderdienst feierlich eröffnet wurden.

Frau Morgenroth hat als stellv. Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses an der Eröffnung der Fachstelle Pflegekinderdienst teilgenommen.

Zusätzlich finden einmal wöchentlich im Bürocontainer I Sprechstunden statt.

Des Weiteren informiert Herr Schweers, dass die von der AG Kita für die Teilnahme an der Bundesinitiative „Offensive frühe Chancen: Schwerpunktkitas Sprache und Integration“ vorgeschlagenen Kindertagesstätten:

Kita „Sonnenland“ Zentrum Ost – Paritätischer Wohlfahrtsverband

Kita „Sternschnuppe“ Am Stern – AWO

Kita „Kinderland“ Am Schlaatz – AWO

Kita „Benjamin Blümchen“ Drewitz - Fröbel e.V.

auch den Zuschlag erhalten haben. Start ist der 01.04.2011.

Abschließend informiert Herr Schweers, dass in der StVV am 02.03.2011 für die Fraktion DIE LINKE Frau Dr. Sigrid Müller und für die Fraktion SPD Herr Till Meyer in den Aufsichtsrat der Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gemeinnützige GmbH (KUBUS) entsandt wurden.

Die Besetzung der von der Stadtverordnetenversammlung zu entsendenden zwei Mitglieder erfolgte entsprechend des Verhältnisses der Mitgliederzahl der Fraktionen (Hare-Niemeyer-Verfahren).

### **zu 3 Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

#### **AG Hilfen zur Erziehung**

Herr Ströber teilt mit, dass die AG in der letzten Sitzung die Wahl des Vorsitzenden und der Stellvertretung durchgeführt habe. Vorsitzender der AG ist Herr Bodo Ströber. Zur stellv. Vorsitzenden wurde Frau Helga Hübner gewählt. Des Weiteren hat die AG die Präsentation zu Hilfen zur Erziehung im Jugendhilfeausschuss ausgewertet.

#### **AKKJ**

Frau Lunk teilt mit, dass der AKKJ derzeit Themen bearbeitet, über die in den nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses berichtet wird.

#### **AG Kita**

Frau Stobbe informiert, dass die AG Kita der Verwaltung für die Erarbeitung der neuen Kita-Finanzierungsrichtlinie Zahlenmaterial zu Kita-Pauschalen zugearbeitet hat. Der Entwurf der Kita-Finanzierungsrichtlinie wird für Ende April 2011 erwartet.

Herr Otto bittet, die Qualitätsparameter von der Kita-Finanzierungsrichtlinie zu trennen. Die Qualitätsparameter sollen weiter entwickelt werden.

Herr Schweers merkt an, dass in der neuen Kita-Finanzierungsrichtlinie die Qualitätsparameter deutlicher als bisher herausgehoben werden und die Stadtverordneten damit explizit entscheiden können, wie hoch sie die Qualität in den Kitas ansetzen wollen.

## **Unterausschuss Jugendhilfeplanung**

Herr Liebe informiert, dass es einen Austausch mit der AG Kita zu den strittigen Themen gab. Nach Vorliegen des Entwurfs der Kita-Finanzierungsrichtlinie sollte diese dann auch im Jugendhilfeausschuss beraten werden. Der JHA sollte den Unterausschuss beauftragen, sich im Vorfeld mit der Richtlinie auseinander zu setzen.

Des Weiteren teilt er mit, dass der Entwurf für die neue Richtlinie IV beraten wurde.

Ein weiteres Thema war der durch den Entwicklungsträger Bornstedter Feld zu errichtende Jugendklub, dessen Bau durch den Entwicklungsträger Bornstedter Feld abgelehnt wird.

Abschließend berichtet Herr Liebe über die Haushaltsberatung des Finanzausschusses vom 23.03.2011. Er teilt in diesem Zusammenhang mit, dass der haushaltsbegleitende Antrag des Jugendhilfeausschusses nicht in Gänze zum Beschluss durch die StVV empfohlen wurde. Er schlägt vor, sich heute darüber zu verständigen, wie damit umgegangen werden soll.

Frau Dr. Müller fragt, ob der Unterausschuss Jugendhilfeplanung beauftragt werden soll, sich im Vorfeld der Beratung des Jugendhilfeausschusses mit der Kita-Finanzierungsrichtlinie zu befassen.

Herr Schweers schlägt vor, dass sich der Unterausschuss im Mai 2011 mit dem Entwurf befasst.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass es bezüglich der Errichtung von Einrichtungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit im Bornstedter Feld einen entsprechenden haushaltsbegleitenden Antrag der Fraktion DIE LINKE gibt.

Herr Otto macht deutlich, dass geprüft werden muss, wie bindend die Verpflichtung des Entwicklungsträgers zur Errichtung der beiden Jugendklubs ist. Dieser sollte dann davon nicht entbunden werden.

Herr Schweers informiert, dass der Entwicklungsträger Bornstedter Feld schriftlich mitgeteilt hat, dass er davon ausgeht, dass mit dem Zeitpunkt „Montelino“ 85 Plätze für Jugendarbeit abgedeckt werden. Die verbleibenden Plätze sollen ohne Zeitangabe nördlich der David- Gilly-Straße gebaut werden. Derzeit gibt es Gespräche mit dem Entwicklungsträger, dass mindestens eine Jugendeinrichtung errichtet werden muss.

Frau Schulze schlägt vor, dass der Unterausschuss den Entwicklungsträger Bornstedter Feld einlädt.

Herr Harder plädiert dafür, dass sich der Jugendhilfeausschuss deutlich für die Errichtung des Jugendklubs im Bornstedter Feld positioniert.

Im Ergebnis der Diskussion gibt es Konsens, dass sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung mit dem Thema befasst.

Frau Dr. Müller spricht die tarifliche Gleichstellung aller Sozialarbeiter durch Umschichtungen innerhalb des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz an und fragt nach den Konsequenzen dieser im Finanzausschuss gegebenen Empfehlung.

Herr Otto hat Informationen, dass die Umschichtung nur für 2011 so erfolgen muss.

Herr Schweers macht deutlich, dass diese Umschichtung die Kürzung von bestehenden Angeboten bedeutet. Er bietet an, über die Auswirkungen in der nächsten Ausschusssitzung berichten.

#### **zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### **zu 4.1 Essensversorgung**

**Vorlage: 10/SVV/0829**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

*Die Drucksache wird erneut zurückgestellt.*

##### **zu 4.2 Schulsozialarbeiter**

**Vorlage: 11/SVV/0122**

Fraktion DIE LINKE

Frau Schulze bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Schweers weist darauf hin, dass der Träger § 13 e.V. derzeit 10 Schulsozialarbeiter beschäftigt. Jeder Sozialarbeiter ist für eine Schule zuständig. Er merkt an, dass zurzeit die Evaluation der Schulsozialarbeit durchgeführt wird. Das Evaluationsergebnis soll voraussichtlich im Juni 2011 vorliegen. Er regt an, das Evaluationsergebnis abzuwarten. Möglicherweise gibt es dann einen anderen Vorschlag als pro Schule eine Kraft einzusetzen.

Herr Otto unterstützt Herrn Schweers und bittet, darauf zu achten, dass die bestehenden Sozialarbeiterstellen erhalten bleiben.

Herr Ströber macht deutlich, dass an allen Schulen Sozialarbeit wichtig ist, was aber nicht bedeutet, dass an jeder Schule auch ein Sozialarbeiter sein muss. Er spricht sich dafür aus, die Evaluation zur Schulsozialarbeit abzuwarten.

Frau Morgenroth schließt sich dem an und spricht sich ebenfalls dafür aus, auf das Evaluationsergebnis zu warten.

Herr Liebe schlägt vor, den ersten Satz wie folgt umzuformulieren:

*Die Landeshauptstadt Potsdam strebt an, innerhalb der nächsten zehn Jahre zu erreichen, dass an jeder staatlichen Schule Schulsozialarbeit verankert wird.*

Frau Dr. Müller schlägt folgende Ergänzung des Antrages vor:

*Einbezogen wird das Ergebnis der Evaluation der Schulsozialarbeit der LHP, das im Juni 2011 vorliegen wird.*

Herr Messerschmidt sieht in der Zusammenarbeit zwischen Schule und Schulsozialarbeit noch Reserven.

Herr Liebe macht deutlich, dass es wichtig ist, über Schulsozialarbeit an allen Schulen zu sprechen. Wichtig ist auch die Schulsozialarbeit in der Grundschule,

da hier die Grundlagen gelegt werden.

Auch Herr Ströber macht deutlich, dass die Probleme oft in der Grundschule beginnen. Hier sollte die Präventionsarbeit verstärkt werden.

Frau Schulze betont, dass über Schulsozialarbeit auch die Übergänge von Grundschule zur weiterführenden Schule erleichtert werden können.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über den so geänderten Antrag.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Die Landeshauptstadt Potsdam strebt an, innerhalb der nächsten zehn Jahre zu erreichen, dass an jeder staatlichen Schule ~~ein Schulsozialarbeiter / eine Schulsozialarbeiterin tätig ist~~ **Schulsozialarbeit verankert wird**. Dazu ist ein Stufenplan zu erarbeiten, mit dem zugleich die Dringlichkeit zu formulieren ist. **Einbezogen wird das Ergebnis der Evaluation der Schulsozialarbeit der LHP, das im Juni 2011 vorliegen wird.**

Die notwendigen Voraussetzungen sind in Abstimmung mit dem Land, dem Bund und durch eigene Anstrengungen zu schaffen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stufenplan bis zum Dezember 2011 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

*Dem so geänderten Antrag wird zugestimmt.*

**zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1 Rechte von Kindern**

**Vorlage: 11/SVV/0129**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Schweers bringt die Mitteilungsvorlage ein.

Frau Ukrow (FB Kinder, Jugend und Familie) weist darauf hin, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Verwaltungshandeln beleuchtet wurde. Sie gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation einen kurzen Überblick über die Beteiligung an Planungen. Sie weist darauf hin, dass Kinder und Jugendliche auch BürgerInnen sind und deshalb ernst genommen und beteiligt werden sollen.

Frau Neels ergänzt, dass eine gute Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch gute Strukturen benötigt. Dies ist mit der Einrichtung des Kinder- und Jugendbüros bereits gut gelungen. Es fehlen aber noch immer Ansprechpartner in den Fachbereichen der Verwaltung.

Frau Ukrow spricht in diesem Zusammenhang die Erarbeitung des Radwegkonzeptes an. Hier wurde erst kurz vor Abschluss der Erarbeitung des Konzeptes eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht.

Das Schulwegsicherungskonzept wurde durch einen erwachsenen Gutachter ohne Beteiligung von Kindern erstellt. Hier muss dringend eine Sensibilisierung

für die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen erfolgen. Abschließend stellt sie die Idee zur Planung der zu errichtenden Jugendeinrichtung im Bornsteder Feld vor. Es sollte eine Befragung der dort lebenden Kinder und Jugendlichen erfolgen.

Herr Otto hebt lobend die Arbeit des Kinder- und Jugendbüros hervor.

Frau Schulze fragt, welche Zeitschiene für die Befragung von Kindern und Jugendlichen zur Jugendeinrichtung im Bornsteder Feld infrage kommen würde.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass dies vom Entwicklungsträger abhängt. Sie verweist auf Seite 7 der Anlage 4 durch den KIS geäußert wird, dass eine „Relevanz von Partizipation nicht erkennbar“ ist. Bei der Gestaltung von Innen- und Außenflächen von Schulen und Kitas lässt sich ihrer Sicht schon eine Relevanz erkennen. Sie bittet, auch hier eine verbindlichere Regelung zu schaffen.

Herr Schweers macht deutlich, dass aus seiner Sicht für den ersten Schritt ein Rücklauf von 40 % schon ein Erfolg ist. Er weist auch darauf hin, dass es viele Bereiche gibt, bei denen keine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen möglich ist. Es muss ein Bewusstsein geweckt werden, dass man sich mit rechtzeitiger Beteiligung im Nachhinein auch Arbeit ersparen kann. Es wird auch weiterhin Bemühungen geben, eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen.

Herr Messerschmidt spricht die Schulhofgestaltung an der Grundschule 12 an, bei der in einem langfristigen Prozess alle Kinder beteiligt waren. Auch in Kitas ist nach seiner Erfahrung eine Beteiligung gegeben. Problematisch wird es aus seiner Sicht bei übergeordneten Dingen.

Frau Dr. Müller fragt, ob es eine Zeitschiene gibt, nach der im Jugendhilfeausschuss nochmals über den aktuellen Stand zur Beteiligung gesprochen werden sollte.

Frau Ukrow teilt mit, dass eine Matrix erarbeitet wird, um zu prüfen, welche Planungen derzeit durchgeführt werden, bei denen eine Beteiligung möglich ist. Diese könnte zum Jahresende vorgelegt werden.

*Der Bericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Verwaltungshandeln der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam wird zur Kenntnis genommen.*

## **zu 5.2 Haushaltsbegleitender Beschluss H 7, Sanierungsbedarf Schulen, Kitas, Turnhallen 2014 ff**

**Vorlage: 11/SVV/0114**

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice

Herr Wapenhans (Kommunaler Immobilienservice) bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese.

Herr Liebe fragt, ob schon konkrete Investitionen für bestimmte Einrichtungen benannt werden können.

Herr Wapenhans hält es für verfrüht, bereits jetzt über einzelne Projekte zu

beraten.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass die in der Mitteilungsvorlage aufgeführten 58 Mio. Euro für Bildungsinfrastruktur noch nicht untersetzt sind. Sie fragt wo die Finanzierung der weiterführenden Schule im Bornstedter Feld zu finden ist.

Herr Wapenhans erklärt, dass diese Mittel noch dazu kommen, bisher also nicht enthalten sind. Die 58 Mio. Euro werden in bestehende Schulen und Kitas investiert.

Herr Liebe stellt fest, dass auch weiterhin an ÖPP-Modellen festgehalten wird.

Herr Wapenhans macht darauf aufmerksam, dass es einen Beschluss gibt, für 3 Schulen, das ÖPP-Verfahren anzuwenden. Auch hierbei muss der Nachweis geführt werden, dass dies günstiger ist, als selber zu bauen. Dies muss immer von Fall zu Fall entschieden werden.

Herr Kankarowitsch fragt, ob es in den Jahren bis 2018 einen weiter aufwachsenden Investitionsstau geben wird.

Herr Wapenhans erklärt, dass der Investitionsstau zurückgeht und sich die Lage entspannt.

Herr Schweers informiert, dass es im Nachgang zum letzten Jugendhilfeausschuss eine Verständigung zwischen ihm, Frau Dr. Müller und Herrn Richter (KIS) gab, bis zum Sommer die objektkonkrete Untersetzung der Investitionen für 2014 ff auch im Hinblick auf die Möglichkeiten des Umzugs von Kitas bei Sanierungsarbeiten zu erarbeiten. Dies soll bis Juni 2011 erfolgen.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

## **zu 6      Sonstiges**

Frau Trauth-Koschnick macht auf den Equal Pay Day, dem internationalen Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern, am 25.03.2011 aufmerksam. In diesem Zusammenhang weist sie u.a. darauf hin, dass in der Bundesrepublik Deutschland Frauen im Durchschnitt 25 % weniger verdienen als Männer und weniger in Führungspositionen tätig sind.

**Nächster Jugendhilfeausschuss: 28. April 2010; 16:30 Uhr**

**Dr. Sigrid Müller**  
**Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**